

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXIV/104

Bonn, den 4. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Niemand will eine Testwahl</u> Betrachtungen zur Kommunalwahl im Rheinland-Pfalz Von Werner Buchstaller, KdS	68
3	<u>Ein schwerer Schlag</u> Die Unionsparteien und das Städtebauförderungs-Gesetz	38
4	<u>Was geht im Baskenland vor?</u> Priester-Protest gegen "unglaubliche Folterungen" wirft Fragen auf Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	40
5	<u>Norwegen wählt im September neuen Storting</u> Verbesserte Chancen der Sozialdemokratie	49

A N H A N G

1 - 3 Das Buch verhilft der Gesellschaft zur kritischen Existenz 128

Auf der Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler
und Bibliothekare wurde die Literatur auf den Prüfstand gestellt

Von Wolfgang Tschechne

Niemand will eine Testwahl

Betrachtungen zur Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz

Von Werner Buchstaller, MdB

Das optische Bild kurz vor den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz täuscht. Stärker als je zuvor haben die Parteien ihren Werbefeldzug von der Straße und den Versammlungssälen in die Zeitungen verlegt. Auch die bundespolitische Prominenz nimmt fast ausschließlich über Inserate und kaum auf Wahlversammlungen das Wort. Niemand ist vorab interessiert daran, daß die Auseinandersetzung um die Kommunalmandate in Rheinland-Pfalz und die Entscheidung vom 8. Juni als Test für die Bundestagswahl gewertet werden. Deshalb sind auch die Bonner Koalitionspartner darum bemüht, sich in diesem Kommunalwahlkampf keine bundespolitischen Wahlkampfduelle zu liefern. Das Koalitionsklima ist ohnehin gereizt genug.

Damit steht bei der Entscheidung am kommenden Sonntag die regional- und kommunalpolitische Konfrontation im Vordergrund. Dabei wird auch die entfachte Bürgeraktivität zu den Fragen und teilweise sehr einschneidenden Maßnahmen der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz nicht ohne Bedeutung sein.

Mit ihrem großen Kommunalwählerfolg vom 25. Oktober 1964 hat die SPD für die anstehende Entscheidung eine gute Ausgangsposition. Sie erreichte damals mit 42,9 Prozent der Stimmen ihren höchsten prozentualen Wähleranteil. Der Stimmenunterschied zwischen CDU und SPD, der bei den Kommunalwahlen 1960 noch 7,6 Prozent betrug, schmolz vier Jahre später auf 0,8 Prozent zusammen. Am deutlichsten zeigte sich diese Entwicklung in der Stadt Koblenz, wo in dieser Zeitspanne der CDU-Vorsprung von 12,2 Prozent auf 0,2 Prozent herabsank. In Zahlen umgesetzt heißt das: Die Stimmendifferenz zwischen CDU und SPD verringerte sich von der Kommunalwahl 1960 zu der 1964 von 133.000 auf 15.000 und in Koblenz von 6.794 auf 65 Stimmen.

Diese Entwicklung war aber durchaus nicht einheitlich. Die Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern blieben im Schnitt unangefochtene Bastionen der CDU. Mit zunehmender Gemeindegröße und Einwohnerzahl zeigt sich eine größere Flexibilität des Wahlverhaltens der Bürger zugunsten der SPD. Dabei haben gerade die Mittelstädte der SPD den größten Zuwachs gebracht und mit dem traditionellen Wählerstamm der Großstädte wesentlich zum Gesamterfolg beigetragen.

Hauptgrund für die annähernd erreichte Gleichgewichtigkeit zwischen CDU und SPD war die Stimmenkonzentration auf die beiden großen Parteien. Sie erreichte mit 86,6 Prozent den Höchststand gegenüber allen vorangegangenen Wahlen. Damit überließen CDU und SPD allen anderen Mitbewerbern nur noch ein schmales Feld von 13,4 Prozent. Hauptleidtragende dieser Entwicklung waren die kleinen Parteien und die Wählergruppen. Allen voran die FDP, die rund 30.000 Stimmen einbüßte.

Wird der Trend zu den "Zwei Großen" auch diesmal unvermindert anhalten? Ohne Zweifel wird diese Frage von großer Bedeutung für die Entscheidung vom 8. Juni sein. Die "freien Listen", deren Zustandekommen sich neben den Kandidatenaufstellungen der an das Parteigesetz gebundenen politischen Parteien wie die Vereinsmeierei eines Interessenklüngels ausnimmt, rechnen sich jedenfalls neue Chancen aus. Dabei lassen sie sich von dem Tatbestand nicht beirren, daß sie 1964 gegenüber 1960 von 3,1 Prozent auf 2,4 Prozent zurückgefallen sind. Ihre Hauptzielgruppen sind die "Verwaltungsreform-Verärgerten" und die "Parteieneegner". In ihrer Propaganda stellen sie den Bürgersinn gegen "Parteiinteressen" und meinen in Wirklichkeit schlicht nur ihren eigenen Vorteil. Es ist nicht ausgeschlossen, daß manche Wähler darauf reinfallen.

Die FDP geht auch im Kommunalwahlkampf in Rheinland-Pfalz mit der Schere durch das Land und sucht alte Zöpfe. Ob das was einbringt? In der praktischen Kommunalpolitik hat diese Partei jedenfalls bislang mehr alte Zöpfe geflochten als abgeschnitten.

Wie dem auch sei. Die Hauptkontrahenten im Ringen um die Wählergunst zur Zusammensetzung der Kommunalparlamente in Rheinland-Pfalz sind CDU und SPD. Der neue Regierungschef in Mainz legt Wert darauf, daß das der CDU unter der Ära seines Vorgängers verloren gegangene Terrain wieder zurückerobert und die klare Vormachtsstellung einer "glücklicheren CDU-Epoche" wieder hergestellt wird. Dieses Ziel läßt er seiner Partei viel Geld kosten.

Für die SPD wird es nicht nur darauf ankommen, den großen Erfolg von 1964 zu verteidigen, sondern die geschaffene Vertrauensbasis für die sozialdemokratische Kommunalpolitik zu verbreitern. Die erfolgreichen Leistungen in den Städten und Gemeinden sind dabei das beste Argument.

+ + +

Ein schwerer Schlag

Die Unionsparteien und das Städtebauförderungs-Gesetz

sp - Vergeblich ist der dringende Appell des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung an die Parteien geblieben, das Städtebauförderungs-Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Bei den Sozialdemokraten bedurfte es dieser Aufforderung nicht. Ihre Mitglieder im zuständigen Parlamentsausschuß waren zur Einberufung von Sondersitzungen während der Pfingstfeiertage bereit. Auch jetzt noch könnte das Gesetz bei einigem guten Willen vom Bundestag verabschiedet werden. Doch an gutem Willen fehlt es bei den Unionsparteien.

Die Erklärung des früheren Wohnungsbau- und Innenministers Paul Mücke, seine Partei werde im nächsten Bundestag an einer neuen Initiative für das Städtebau-Gesetz mitwirken, ist ziemlich dürftig. Als die Unionsparteien die Mehrheit im Bundestag und die Alleinregierung stellten, waren sie infolge innerer Schwierigkeiten nicht in der Lage, mit sich selbst über dieses gesellschaftspolitisch so wichtige Gesetz ins Reine zu kommen. Zweimalige Ansätze blieben schon bei Beginn stecken. Nun ist auch der von den Sozialdemokraten mit Eifer und Beharrlichkeit verfolgte dritte Anlauf gescheitert.

Dem Bürger kommt die Entscheidung der CDU/CSU teuer zu stehen. Über die Notwendigkeit einer funktionellen und strukturellen Erneuerung und Entwicklung unserer Städte und Gemeinden erübrigt sich jede Diskussion. Es geht um die Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen jedes einzelnen Bürgers, es geht darum, sich den Anforderungen nicht zu entziehen, die die Zukunft der Städte und Gemeinden an alle richtet und es geht schließlich darum, schon heute die Weichen zu stellen für die eigene Zukunft und die der nachfolgenden Generationen. Diese Einsicht ist gewiß auch bei den Unionsparteien vorhanden, aber es fehlt ihnen an Kraft und Entschlossenheit, sie zu verwirklichen.

"Jede Verzögerung der Verabschiedung muß wegen der Langfristigkeit der Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen zu weiteren Schäden in den Funktionen unserer Städte und Gemeinden führen", hieß es in dem Appell des über den Parteien stehenden Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung. Die Unionsparteien haben durch ihre Haltung eine schwere Verantwortung übernommen; niemand wird sie davon entbinden.

Was geht im Baskenland vor?

Priester-Protest gegen "unglaubliche Folterungen" wirft Fragen auf
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Als im Zuge der Streikwelle von 1962 in den asturischen Kohlen-
gruben die Weltpresse von scheußlichen Folterungen durch die Polizei
berichtete, war man in Madrid schnell zur Hand, diese Meldungen als
"Teil der schwarzen antispansischen Legende" zu diskreditieren. Das
war vor sieben Jahren. Doch im Verlaufe dieses Zeitraums tauchten
immer wieder solche Nachrichten auf - in Spanien wurden sie freilich
nur einem kleinen und verhältnismäßig enggefaßten Personenkreis be-
kannt. Auch vor Verhängung des Ausnahmezustands hatten über 1.200
Intellektuelle das Innenministerium auf ähnliche Vorfälle hinge-
wiesen - gegen sieben der Unterzeichner dieser Bittschrift sollten
gerichtliche Schritte wegen Beleidigung der Staatsautorität einge-
leitet, die Vorwürfe jedoch nicht untersucht werden. Der Abtbischof
von Montserrat, Dom Cassiá, konnte durch ein Interview mit dem
Deutschen Fernsehen dazu beitragen, daß wenigstens in diesem Falle
das Innenministerium seine Pläne fallen ließ. Der Justizminister
selbst hatte verkündet, jeder Fall von Gefangenemißhandlung werde
untersucht, die polizeilichen Täter würden gegebenenfalls straf-
rechtlich belangt werden.

Im Baskenland gärt es weiter: Schon vor Monaten hatten sich
Priester über Gefangenemißhandlungen beklagt, doch in den Gefäng-
nissen war den politischen Häftlingen nach Aussage der Opposition
nicht ein Haar gekrümmt worden, während sie im Gewahrsam der Polizei
Folterungen unterworfen worden sein sollen, die an mittelalterliche
Grausamkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hätten. Bei der neuen
Verhaftungswelle, der auch neben Mitgliedern der Widerstands-
organisation ETA ("Das Baskenland und seine Freiheit") zahlreiche
Priester - man spricht von 50 - zum Opfer fielen, sollen sich diese
polizeilichen Mißhandlungen wiederholt haben. Fünf katholische
Geistliche hatten darüber ein anonymes Flugblatt verfaßt und sich im
Erzbischöflichen Ordinariat zum Hungerstreik niedergelassen sowie
eine Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz gefordert.
Wenige Tage zuvor hatte der päpstliche Nuntius, Erzbischof Luigi
Dadaglio, in Madrid eine Gruppe von Ehefrauen politischer Häftlinge
zu einer Aussprache empfangen.

Man kann diese Berichte nicht länger mit "antispansischer Legende"
abtun - jetzt ist der Justizminister am Zuge, um durch geeignete Maß-
nahmen dafür zu sorgen, daß Beschuldigungen dieser Art nicht mehr
erhoben werden können. Es wäre in der Tat ein trauriges Zeichen von
Verfall der Staatsautorität, wenn sich diese nicht gegenüber ihren
ausführenden Organen mehr durchsetzen könnte.

+ + +

Norwegen wählt im September neuen Storting

Verbesserte Chancen der Sozialdemokratie

sp - In Norwegen finden im September Reichstagswahlen statt. Die Wahlen für den Storting entscheiden darüber, ob die Koalitionsregierung unter dem Zentrumsolitiker und Staatsminister Per Borten durch den neuen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Trygve Brattelis, 58 Jahre alt, abgelöst wird. Es besteht gute Aussicht, daß die Sozialdemokraten wieder an die Regierung kommen.

Bei den Stortingwahlen im Jahre 1965 erhielten die vier Parteien rechts von der Sozialdemokratie (Agrarisches Zentrum, Konservative, Liberale und Christliche Volkspartei) die knappe Mehrheit. Es wurde eine Regierung gebildet, in deren Programm sich die Divergenzen der vier Parteien widerspiegeln. Im Kern führte das Kabinett Borten die Politik fort, die jahrzehntelang von den Sozialdemokraten, zuletzt unter Staatsminister Gerhardsen, gesteuert worden war. Nur in einigen Nuancen änderte sich das Bild; dann aber zugunsten der hohen Einkommensempfänger.

Die letzten Gallup-Umfragen in Norwegen geben den Sozialdemokraten die reale Chance, wieder an die Macht zu kommen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei würde von 44,4 Prozent gewählt werden, ergab die Umfrage. Das ist mehr, als die Partei vor vier Jahren erhielt und auch mehr, als sie bei der Kommunalwahl vor zwei Jahren bekam. Da das norwegische Wahlsystem die stärkste Partei leicht begünstigt, ist es möglich, daß die Sozialdemokraten einige Storting-Sitze mehr, als die Hälfte des Reichstags ausmacht, erhalten.

Die Gallup-Umfrage erbrachte vor allem, daß die nach links ausgebrochene Sozialistische Volkspartei, die den NATO-Austritt Norwegens verlangt, von sechs auf 4,3 Prozent zurückgefallen ist. Die Kommunisten, für die bei der Befragung nur zwei Prozent votierten, dürften kaum die Chance haben, in den Storting einzuziehen.

Auf einem Parteitag der norwegischen Sozialdemokraten in Oslo wurde die Wahlplattform der Arbeiterpartei für die nächsten vier Jahre als Regierungsprogramm festgelegt. Gäste waren der schwedische Staatsminister Tage Erlander und der frühere dänische Staatsminister Jens Otto Krag. Die Delegierten wählten Brattelis erneut zum Parteivorsitzenden, was zugleich bedeutet, daß er im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsiegs neuer Staatsminister würde.

Da die Frage, ob Norwegen in der NATO bleiben soll, im letzten Herbst durchdiskutiert und vom Storting gegen sechs Stimmen befürwortend entschieden wurde, dürfte dieses Thema keine Rolle im Wahlkampf spielen. Die Sozialdemokratie ist dafür, daß Norwegen NATO-Mitglied bleibt, weil es keine andere Wahl gibt und weil Norwegen wegen seiner langgestreckten geographischen Lage bei äußerst dünner Besiedlung im Norden aus eigener Kraft gar nicht verteidigungsfähig wäre.

Im Falle ihres Regierungssiegs würde die norwegische Arbeiterpartei stärker dafür eintreten, daß Norwegen Mitglied des skandinavischen Wirtschaftsblocks NORDEK wird. Die gegenwärtige Regierung Borten verhält sich da ablehnender. Aber abgesehen von Interessentenverbänden wünscht die Bevölkerung des Königreichs allgemein, daß die skandinavischen Länder sich enger zusammenschließen.

Das Buch verhilft der Gesellschaft zur kritischen Existenz

Auf der Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler und Bibliothekare wurde die Literatur auf den Prüfstand gestellt.

Von Wolfgang Tschechne

In dem österreichischen Hochschuldorf Alpbach ist die deutsche Literatur auf den Prüfstand gestellt worden. Die Höhenluft der Tiroler Berge hat dabei das Bewußtsein besonders geschärft: Die 21. Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler hat sich sehr kritisch mit den literarischen Erscheinungen und den Entwicklungen befaßt. Eine Feststellung, der die Teilnehmer aus der Bundesrepublik und aus mehreren Ländern Europas zustimmten, mag als Beweis dafür dienen: Die Literatur der autoritären Strukturen ist am Ende angelangt.

Mit provozierender Schärfe hat Professor Hans Mayer von der Technischen Universität Hannover, einer der bedeutendsten Germanisten unserer Zeit, die Frage gestellt, wozu denn Literatur überhaupt noch nötig sei. Hans Magnus Enzensberger zum Beispiel habe es, so sagte Hans Mayer, als die jetzt vordringlichste Eigenschaft des Schriftstellers bezeichnet, sich aktiv dem Leben zuzuwenden. Aber Professor Mayer wies gleich darauf hin, daß auch die neue Aufklärung nicht ohne Texte, also nicht ohne das Buch auskommen werde. Denn sie will ja ihre Absichten artikulieren, sie will das Bewußtsein verändern - und das geht nicht ohne Buch. Nach Ansicht Professor Mayers wird die Literatur von morgen eine Literatur der Aufklärung sein.

Der Germanist setzte sich dialektisch besonders mit dem Zustand der Literatur in der DDR auseinander und beklagte deren "Tiefstand des literarisch-kritischen Niveaus". Er wies auf die "gefrorene Sprache" hin, die von den Autoren der DDR verlangt werde und erklärte, daß die Literatur drüben ihre Aufgabe nur noch darin sehe, zum Nutzen der politischen Institutionen beizutragen.

Scharfe Kritik übte Hans Mayer aber auch an vielen Autoren der Bundesrepublik. Er sagte das Ende einer ganzen literarischen Gattung voraus, des Romans. Im Roman sei es heute kaum mehr möglich, Information weiterzugeben, und nach einem Wort Martin Walsers müsse nahezu alles, was heute in romanhafter Form geschrieben werde, als "Lügengeschichte" bezeichnet werden. Ein Schriftsteller mit zeitkritischem Temperament müsse sich jetzt nach neuen literarischen Informationsmöglichkeiten umsehen.

Als eine der modernen Möglichkeiten der Literatur erläuterte Mayer die "Literatur des Grobianismus", mit der es möglich sei, die Tabus der bürgerlichen und der nachbürgerlichen Gesellschaft zu durchbrechen. Sprache dürfe nicht länger zum "Verrat an der Wirklichkeit" benutzt werden.

Viel von dem, was Professor Mayer bestechend formuliert hatte, tauchte in den lebhaften Diskussionen von Alpbach wieder auf. In einem

als "Aktion 69" bekanntgewordenen Programm des Berliner Buchhändlers Kurt Meurer wurde beispielsweise der zeitbewußten Buchhandlung die aktuelle Aufgabe zugewiesen, Informationszentrum für alle Gruppen der Bevölkerung zu sein.

Erhellend und zugleich beängstigend waren die Berichte, die in Alpbach von Besuchern der Buchmessen Leipzig und Warschau gegeben wurden. Bei beiden Messen müsse der ausstellende Verleger aus der Bundesrepublik damit rechnen, daß seine Bücher beschlagnahmt werden, wobei es unerfindlich sei, nach welchen Richtlinien die Zensur erfolge. Ganze Wissenschaftsgebiete dürfen nicht im Buch vorgestellt werden, etwa die Psychologie, etwa die moderne Soziologie. Auch sei besonders auffallend die sich verstärkende Tendenz, Literatur zur Klärung jüdischer Fragen zu beschlagnahmen.

Ein Verleger machte auf die grotesk unterschiedlichen Praktiken aufmerksam: Während beispielsweise die Bücher von Oswald Kollé in der DDR von den Messeständen verschwinden mußten und gleich beim Antransport beschlagnahmt worden sind, seien in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei inzwischen Kollé-Lizenzausgaben verabredet worden.

Die Gruppe nahm in Alpbach eine Erweiterung ihres Namens vor. Sie heißt in Zukunft "Gruppe der Sozialistischen Verleger, Buchhändler und Bibliothekare". Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß ein wichtiger Zweig des Literaturbetriebs hier auch seine Heimat gefunden hat.

Mit Empörung nahmen die Literaturfachleute in Alpbach Berichte über den Zustand der Truppenbüchereien in der Bundesrepublik zur Kenntnis. In diesen Büchereien, die hauptsächlich durch eine Buchgemeinschaft Scharnhorst beliefert werden, sei die kriegsverherrlichende Literatur geradezu konzentriert, hingegen sei Schrifttum, das der politischen Willensbildung diene oder sich kritisch mit der Welt auseinandersetze, fast überhaupt nicht zu finden. Ähnlich einseitig seien auch viele Büchereien der Goethe-Institute zusammengesetzt, wodurch im Ausland ein falsches Bild vom geistigen Leben in der Bundesrepublik entstehe. Die Gruppe will Initiativen ergreifen, um hier schnellstens eine Änderung herbeizuführen.

In Zusammenarbeit mit Professor Mayer und den Germanistik-Studenten der TU Hannover will die Gruppe in diesem Jahr Untersuchungen beginnen, die das Leseverhalten und die Lesemotive in der Bundesrepublik erhellen sollen. Hierzu gab Dr. Jürgen Eyssen, der Direktor der Stadtbücherei Hannover, wichtige Anregungen. Er machte die Entwicklung deutlich, die in den öffentlichen Büchereien vor sich geht. Geschaffen als Einrichtung der bürgerlichen Klassengesellschaft, sei die öffentliche Bibliothek heute in der Wandlung zu dem notwendigen Informationsinstitut einer "Gesellschaft in Ausbildung". Die Lesenden

Menschen wollen heute nicht mehr unterhalten werden, sondern suchen das Buch als Informationsquelle. Dr. Eyssen forderte, daß sich die öffentlichen Bibliotheken noch viel stärker als bisher auf die neue Gesellschaft einstellen. Es werde unerlässlich, die Büchereien künftig beispielsweise auch an Sonntagen geöffnet zu halten.

Alle in Alpbach Versammelten sprachen sich schließlich dafür aus, die Frankfurter Buchmesse als wichtigstes Ereignis des literarischen Lebens der Welt unbedingt zu erhalten. Doch, es sei erforderlich, sie aus-Verkrüstungen herauszuführen und zu einem Forum der Diskussion zu machen. Wie schon wiederholt zuvor auf den Tagungen der Gruppe brachte auch Alpbach eine erneute Begegnung von sozialistischen und christlichen Buchhändlern. In dem Tiroler Hochschuldorf war es Dr. Harald Uhl, der als Geschäftsführer der Vereinigung evangelischer Buchhändler die Gemeinsamkeiten betonte. Er wies dabei auf die Zukunftsvisionen des modernen Marxismus und der gegenwärtigen christlichen Theologie hin und sah das Gemeinsame besonders ausgeprägt in der Theologie der Hoffnung, die sich mit dem marxistischen Begriff der Hoffnung treffe.

In einem umfassenden Überblick erläuterte Verleger Konsul Gustav Schmidt-Küster, der Leiter der Gruppe, den Stellenwert des Buches in unserer Gesellschaft. Die mutige, optimistische Sicht, die hinter der scharfen Kritik in Alpbach immer wieder durchbrach, bestimmte seine Ausführungen. In seiner Definition hat Literatur die Aufgabe, Kritik an einer dickfelligen Gesellschaft zu formulieren. Allerdings müsse man sich dazu mit den Büchern auseinandersetzen und dürfe sie nicht als Wurfgeschosse benutzen. Aufgabe der Sozialistischen Buchschaffenden sei es, mit dem Buch die notwendige Hinwendung unserer Gesellschaft zur kritischen Existenz zu fördern. Es könne dabei nicht darauf ankommen, mit Literatur zu fanatisieren oder mit Büchern radikalen Minderheiten die Feldzeichen zu liefern. Ermutigend waren die Einzelheiten, mit denen Schmidt-Küster aufwartete. Er berichtete von steigenden Verlags- und Buchhandelsumsätzen, von einem größer gewordenen Prozentanteil des Lesens bei der Freizeitbeschäftigungen, von einem wachsenden Bücherbestand in den Haushaltungen und von dem Phänomen, daß die Verbreitung des Buches mit der Verbreitung des Fernsehens Hand in Hand gehe.

Bedeutsam wird die Initiative der Gruppe noch auf einem anderen Gebiet werden. In einer umfassenden Untersuchung, bei der ebenfalls Professor Mayer mithelfen wird, soll die Wirkung, die Tendenz und die Stärke der radikalen Literatur in der Bundesrepublik festgestellt werden, wobei es um Rechts- und um Linksradikalismus geht.

Das Literaturtreffen von Alpbach bewies erneut die Lebendigkeit der Gruppe. Es war stärker noch als die Jahrestreffen zuvor ganz dem aktuellen Geschehen geöffnet, es stellte sich noch bewußter in den scharfen Wind der kommenden Entwicklung. Und wenn sich im nächsten Jahre die Sozialistischen Verleger, Buchhändler und Bibliothekare zu ihrem 22. Jahrestreffen in Mühlheim treffen, soll von den Aufgaben, die in Alpbach formuliert und erkannt worden sind, schon ein großes Stück verwirklicht worden sein.